

## **TOP 19:**

---

### **Entschlieung des Bundesrates für eine Klärung der Kostenübernahme für Assistenzkräfte im Krankenhaus sowie in Rehabilitationsmaßnahmen für behinderte Menschen**

**- Antrag der Freien Hansestadt Bremen -**

Drucksache: 583/20

#### **I. Zum Inhalt der Entschlieung**

Mit der Entschlieung soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine Klärung der Kostenübernahme für Assistenzleistungen im Krankenhaus sowie in Rehabilitationsmaßnahmen für alle Menschen mit Behinderungen herbeizuführen.

Gegenwärtig können nur Menschen mit Behinderung, die ihre Assistenz über das Arbeitgebermodell organisieren, ihre Assistenz mit ins Krankenhaus oder in eine Rehabilitationsmaßnahme nehmen. Menschen, die Assistenz über das Dienstleistungsmodell über Pflege- oder Assistenzdienste beziehen, können dies nicht.

Das antragstellende Land vertritt die Auffassung, dass die Finanzierung der Assistenzleistungen während eines Krankenhausaufenthaltes oder in einer Rehabilitationsmaßnahme aus SGB V-Leistungen erfolgen solle – unabhängig davon, wer im Einzelfall die Assistenz leiste (Pflegepersonal aus dem Krankenhaus, Untersttzungsbegleitung aus der Besonderen Wohnform, Angehörige oder andere Formen). Dabei solle unbeachtet bleiben, ob es sich um pflegerische oder sonstige behinderungsbedingte Assistenzleistungen handele.

Parallel sei die Schulung des Pflegepersonals in den Krankenhäusern auszubauen, damit sie den Umgang mit geistig behinderten, demenziell erkrankten, suchtkranken und psychisch erkrankten Menschen besser kennenlernten.

## II. Empfehlungen der Ausschüsse

Der **federführende Ausschuss für Arbeit, Integration und Sozialpolitik** und der **Gesundheitsausschuss** empfehlen dem Bundesrat, die EntschlieÙung zu fassen.